

Bürgermeister-Konferenz.

von Fett trotz des großen Mangels mit Rücksicht auf die geringen Fettvorräte der Gemeinde für einen späteren Zeitpunkt aufheben.

Gem.-Rat Schmid gibt ebenfalls der Meinung Ausdruck mit der Ausgabe von Reis noch zuzuwarten; die Ausgabe des Fettes solle jedoch schnell erfolgen, denn die Fettpreise seien gegenwärtig außerordentlich hoch. Vielleicht könnte die Hälfte des Vorrates sofort ausgegeben werden, wenn die Vorratsaufnahme beendet ist.

Gem.-Rat Leitner spricht sich ebenfalls für die sofortige Ausgabe eines Teiles der Fettvorräte aus; es sei wenigstens auf eine Zeitlang Abhilfe geschaffen. Bei den jetzigen Lebensverhältnissen, dem völligen Mangel an Hülsenfrüchten, Reis und Grieß beschränke sich der ganze Konsum auf Mehl und dieses sei zu wenig. An Erdäpfel herrsche infolge der schlechten Zufuhr Mangel; er sei der Meinung, man solle auch wenigstens einen Teil der Reiskvorräte herausgeben.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erklärt, daß er sehr gerne schon jetzt mit der Ausgabe der Reiskvorräte beginnen würde, wenn er wüßte, daß die mit der Schweiz im Zuge befindlichen Verhandlungen wegen Ankaufes einer größeren Zahl von Waggons Reis gut ausgehen würden.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner teilt mit, daß die Gemeinde jetzt pro Tag 52 Waggons Mehl ausbebe, dabei sei das von den großen Brotfabriken benötigte Mehlquantum nicht eingerechnet, da diese direkt von der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt versorgt werden. Während im Vorjahre der Tagesbedarf zirka 30 bis 40 Waggons betrug, sei er jetzt auf zirka 70 Waggons täglich gestiegen. Das von der Gemeinde der Regierung vorgelegte Präliminare für die Mehlerversorgung Wiens sei schon längst überholt, da die Bevölkerung fast ausschließlich auf den Mehlgenuß angewiesen sei. Es wurden um 1½ Millionen mehr Brotmarken abgegeben, als ausgegeben wurden; es kämen eben viele Leute aus der Umgebung Wiens, um hier einzukaufen und außerdem müsse auch ein Mißbrauch mit den Brotarten getrieben worden sein.

Gem.-Rat Leitner erklärt es für unverständlich, daß die Leute am letzten Tag der Woche noch mit zwei bis drei ganzen Brotarten einkaufen kämen. Die in Deutschland eingeführte Maßregel, daß am Freitag und Samstag kein Mehl verkauft werden dürfe, wäre auch bei uns gewiß sehr vorteilhaft.

Gem.-Rat Skaret führt aus, daß noch weitaus schlechtere Zeiten kommen werden. Die Verhältnisse in der Mehlerversorgung spizen sich wieder derart zu, daß das Schlimmste zu befürchten sei. Von der für den 15. Oktober angeordneten Mehlaufnahme verspreche er sich nicht viel. Ungarn halte mit dem Mehl zurück. Ungarn versorge zuerst den ganzen Bedarf seiner Munizipien. Wenn dieser gedeckt ist, kann die ungarische Getreide-Zentrale erst an Österreich abgeben. Er halte die Ausgabe der Reiskvorräte jetzt nicht für eine unbedingte Notwendigkeit. Anders stehe die Frage der Schmalzabgabe. Gegenwärtig werden die verachteten Fettsorten von den Leuten zusammengelaufen und verwendet, da Schmalz nur zu unerschwinglichen Preisen oder überhaupt nicht erhältlich ist. Er set dafür, einen Teil der Fettvorräte auf den Markt zu bringen. Die Erscheinung, daß einzelne Leute am Schlusse der Woche noch zwei bis drei Brotarten besitzen, sei damit zu erklären, daß die Leute mit den Brotarten die ganze Woche hindurch sparen, soweit es nur möglich ist,

und die ersparten Brotmarken dann am Schlusse in Mehl umsetzen. Er sei der Meinung, der Reis soll gegenwärtig noch zurückbehalten werden, Fett solle jedoch so viel als möglich auf den Markt gebracht werden, um wenigstens eine vorübergehende Entlastung des Marktes herbeizuführen und der Bevölkerung Gelegenheit zu geben, Fett zu bekommen.

Gem.-Rat Dr. Schwarz-Hiller gibt ebenfalls der Ansicht Ausdruck, die Reiskvorräte noch weiter aufzubewahren. Bezüglich des Fettes sei er anderer Ansicht als sein Vorredner. Das der Gemeinde zur Verfügung stehende Fettquantum sei so gering, daß es in drei bis vier Tagen zu Ende sei; auf die Preisbildung habe die Ausgabe keinen Einfluß; er sei daher nicht für die Ausgabe des Fettes.

Gem.-Rat Dr. Schwarz-Hiller stellt an den Herrn Bürgermeister die Anfrage, ob es richtig sei, das vom Ministerium des Innern eine Einkaufsstelle gegründet worden sei und ob dies mit Zustimmung der Gemeinde geschehen und was von dieser zu erwarten sei.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner teilt mit, daß diese Stelle ohne Zustimmung und Mitwirkung der Gemeinde gegründet worden sei und bringt hierauf den bezüglichen Kund-Erlaß der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 3. Oktober 1915 zur Kenntnis.

Gem.-Rat Skaret erklärt, daß man sich, wenn diese Institution als ein vom Ministerium gedachtes Monopol aufzufassen ist, mit allen verfügbaren Mitteln zur Wehre setzen müsse, denn es gehe nicht an, daß die Gemeinde Wien wieder von dieser Gesellschaft abhängig sei; es sei unerfindlich, daß man die Gemeinde Wien in solcher Weise behandle.

Gem.-Rat Steiner führt aus, daß der Mehlbedarf in Ungarn derartig gedeckt sei, daß man in Budapest bereits wieder Semmeln erzeuge. Trotzdem werde von ungarischer Seite das Gerücht ausgestreut, daß Ungarn seine Ernte überschätzt habe. Nach Ungarn werde aus Rumänien Mehl eingeführt und Österreich werde dann an Ungarn wieder ausgeliefert sein.

Gem.-Rat Neumann erklärt, daß dieser Fall zeige, daß die Gemeinde Wien in allen wichtigen Sachen desavouiert werde. Er habe vernommen, daß der Stadtrat wieder ein sechsmonatliches Budgetprovisorium genehmigt habe. Die Gemeinde verzichte damit auf das Mittel, durch eine Debatte in öffentlicher Gemeinderats-Sitzung auf die Regierung einen Druck auszuüben. Die vom Ministerium des Innern geschaffene Institution müsse den schärfsten Protest bei der Gemeinde auslösen. Gegenwärtig könne die Gemeinde nur wieder beim Ministerpräsidenten vorstellig werden. Er sei der Meinung, daß diese Fragen in öffentlicher Gemeinderats-Sitzung aufgerollt und besprochen werden müßten.

Gem.-Rat Dr. Hein führt aus, daß die Nichteinberufung des Gemeinderates den Einfluß der Gemeinde gegenüber der Regierung schwäche. Der Gemeinderat habe stets seine Loyalität in Bezug auf das Kriegsziel einmütig bekundet; keine Partei habe die Absicht, politische Gesichtspunkte zum Ausdruck zu bringen und habe speziell seine Partei gleich mit Beginn des Krieges alles getan, um den Bürgermeister in seiner schwierigen Stellung zu unterstützen. Wenn im Gemeinderate von allen Seiten gesprochen würde, hätte das mehr Gewicht als eine Audienz beim Ministerpräsidenten. Es würde die Gelegenheit gegeben sein, verschiedene Irrtümer der Bevölkerung in der